



DAS BUND-JAHR IN NRW

Jahresbericht 2021

Bund für
Umwelt und
Naturschutz
Deutschland
e.V. (BUND)



FRIENDS OF THE EARTH GERMANY



Kampf gegen Kohle

S. 4



Volksinitiative Artenvielfalt NRW

S. 11



Unsere Finanzen

S. 22

Inhalt

| | |
|---|-----------|
| VORWORT | 3 |
| KLIMA UND ENERGIE | 4 |
| Kampf gegen Kohle | 5 |
| Erfolg gegen Datteln IV | 7 |
| Brennelementeexport stoppen | 8 |
| 65.000 gegen Windkraft-Verbot | 8 |
| Mobilitätswende jetzt! | 9 |
| NATUR UND LANDWIRTSCHAFT | 10 |
| Insekten retten – Artenschwund stoppen | 11 |
| 25 Jahre Biomolkerei | 13 |
| Auszeichnung für Moorschutzprojekt | 13 |
| Industrieprojekte auf der grünen Wiese | 14 |
| Projekt Stadtklima und Stadtnaturschutz | 14 |
| Rettungsnetz für die Wildkatze | 15 |
| Geheimnis der Gartenschläfer | 15 |
| GEWÄSSERSCHUTZ | 16 |
| Nach der Flut | 17 |
| Chemiegefahr am Rhein | 18 |
| Wald, Wasser, Klimawandel | 19 |
| Aktiv für unsere Gewässer | 19 |
| UNSER VERBAND | 21 |
| Basisdemokratisch, ehrenamtlich, unabhängig | 21 |
| Der BUND in Zahlen | 22 |
| BUND-Naturschutzstiftung im Aufwind | 23 |
| Anwalt der Natur | 25 |
| BUNDzentren in NRW | 26 |
| Danksagung, Impressum | 27 |

Liebe Leserinnen und Leser, liebe Freundinnen und Freunde,

Ich freue mich, Ihnen hiermit unseren bun(d)ten Rückblick auf das Jahr 2021 präsentieren zu dürfen. Er spiegelt in beeindruckender Weise wider, wie vielseitig und erfolgreich der BUND auf Landesebene, mit seinen Arbeitskreisen, Orts-, Kreis- und Regionalgruppen unterwegs ist. Ob Energiewende, Klimaschutz, tiergerechte Landwirtschaft oder der Schutz unserer biologischen Vielfalt – der BUND ist Motor, wenn es darum geht, unser Land Stück um Stück lebenswerter zu gestalten.

Wie notwendig unsere Arbeit ist, wurde auch im Jahre 2021 wieder überdeutlich. Die verheerende Hochwasserkatastrophe im Juli legte schonungslos die Fehler der Vergangenheit offen, die der BUND immer wieder angeprangert hatte: einbetonierte Bäche und Flüsse, versiegelte Retentionsräume und entwässerte Wälder. Auch die Sommerdürren der Vorjahre zeigten eindrücklich, dass die wichtigste Aufgabe der Klimaanpassung sein wird, Entwässerung rückgängig zu machen und wieder überall auf natürlichem Wege Wasser in der Fläche zu halten. In den vielen kleinen und großen Gebieten, die der BUND betreut oder mit seiner Naturschutzstiftung gesichert hat, machen wir ständig vor, wie es geht.

Unser Kampf gegen die Kohle ist sicher das Aufgabenfeld, auf welchem unsere Arbeit die größte Sichtbarkeit und Tragweite erreicht hat. Dass der Kohleausstieg in 2030 in greifbare Nähe gerückt ist, ist auch und gerade dem jahrzehntelangen Engagement des BUND zu verdanken. Auch wenn hier noch viele Anstrengungen vor uns liegen: Die Rettung des Hambacher Waldes, der zum Symbol für den Klimaschutz geworden war, ist das „Tüpfelchen auf dem i“ und sicher unser größter Erfolg der letzten Jahre.

Dies alles war und ist nur möglich mit unserer großen Zahl von Menschen, die bei uns Mitglied sind oder uns mit Spenden unterstützen. Ihre Beiträge sind unsere finanzielle Basis, auf institutionelle Förderung und Spenden von Großunternehmen verzichten wir bewusst. Denn damit gewährleisten wir wie kein anderer Umweltverband unsere Unabhängigkeit von Politik und Wirtschaft.

Ich danke allen Mitgliedern, Spender*innen und Mitarbeiter*innen! Sie alle haben dafür gesorgt, dass dieser Jahresbericht wieder eine Erfolgsbilanz geworden ist.

Holger Sticht

BUND-Landesvorsitzender







© Joerg Farys - dieprojektorende

Kampf gegen die Kohle

Nordrhein-Westfalen bleibt Kohleland. Etwa 55 Prozent der Stromerzeugung stammen aus der Braun- und Steinkohle, der Anteil der erneuerbaren Energien liegt bei schwachen 17 Prozent. Damit bleibt unser Bundesland ein „Hot Spot“ der Treibhausgasemissionen: Mit mehr als 200 Millionen Tonnen CO₂-Ausstoß sind wir bundesweit negativer Spitzenreiter. Gleichzeitig leidet NRW schon jetzt massiv an den klimawandelbedingten Folgen wie Starkregen, Dürre und Hitze. Trotzdem hat die CDU/FDP-Landesregierung die Energiewende nicht zu einem ihrer Hauptthemen gemacht. Im Wesentlichen stand ein Weiter-so-wie-bisher auf der Agenda. Die Quittung folgte mit der Bundestagswahl.

„Weil jetzt so ein Tag ist, ändert man nicht die Politik.“ Diese fatale Aussage des Unions-Kanzlerkandidaten Armin Laschet zu seiner Klimaschutzpolitik angesichts der verheerenden Juliflut 2021 hat entscheidend zum Regierungswechsel in Berlin beigetragen. Der BUND hat sich dabei massiv eingemischt: Mit Großdemonstrationen, Aktionen und hartnäckiger juristischer und politischer Facharbeit. Aber trotz neuer Bundesregierung wird unser jahrzehntelanger Kampf gegen den Klimakiller Braunkohle weitergehen müssen.

Die drei verbliebenen RWE-Braunkohlenkraftwerke waren in 2021 für den Ausstoß von 53 Millionen Tonnen Kohlendioxid verantwortlich. Trotzdem hat die CDU/FDP-Landesregierung im März 2021 eine neue Braunkohlen-

Leitentscheidung beschlossen. Sie lässt die Option offen, noch mehr als 600 Millionen Tonnen Braunkohle im Tagebau Garzweiler durch die RWE AG fördern zu lassen und dafür weitere sechs Dörfer zu zerstören.

Alle Dörfer retten

Am Braunkohlentagebau Garzweiler demonstrierten wir daher am 7. August mit mehr als 2.500 Menschen gegen die schwache Klimapolitik und für einen schnelleren Kohleausstieg. Mit einer vier Kilometer langen, coronakonformen Menschenkette zwischen Lützerath und Keyenberg stellten wir uns schützend vor die vom Braunkohlentagebau bedrohten Dörfer. Die vom BUND gemeinsam mit anderen Umweltverbänden und Betroffenen organisierte Menschenkette markierte zugleich die 1,5-Grad-Grenze der globalen Erderhitzung, die nicht überschritten werden darf: Nur wenn der Tagebau diese rote Linie einhält, kann Deutschland einen angemessenen Beitrag zum Erreichen der Pariser Klimaziele leisten.

Weitere Proteste folgten. Gemeinsam mit „Alle Dörfer bleiben“ kipperten wir den Schutt





abgerissener Lützerath-Häuser vor den Landtag, mit Kirchenvertreter*innen rückten wir Armin Laschet in der Staatskanzlei auf die Pelle, mit Fridays for Future zogen wir durch Düsseldorf. Mit Erfolg: Die Botschaft wurde zumindest in Berlin vernommen, und die Ampel-Koalition beschloss einen Kohleausstieg bis 2030. Das heißt für uns in NRW aber auch, dass eine neue – und dieses Mal finale – Braunkohle-Leitentscheidung kommen muss. Diese muss den Erhalt aller Dörfer garantieren und solange ein Abrissmoratorium durchsetzen. Dafür werden wir in 2022 kämpfen.

Hambi-Verinselung stoppen

Bei aller Kritik an der 2021er Braunkohle-Leitentscheidung ist eines jetzt endgültig klar: Der Hambacher Wald bleibt bestehen, der Tagebau schließt bis 2030, 1,1 Milliarden Tonnen Braunkohle bleiben in der Erde. Das ist

ein großartiger Erfolg des BUND, der die Hambi-Rettung mit seinen erfolgreichen Klagen juristisch erzwungen hatte.

Aber noch immer ist der „Hambi“ nicht endgültig vor allen Bedrohungen sicher. Denn RWE will östlich des Waldes auf 600 Hektar Fläche weiterbaggern, um Material für die Rekultivierung und Böschungsgestaltung im Tagebau-Restloch zu gewinnen („Manheimer Loch“). Damit würde nicht nur eine uralte Kulturlandschaft zerstört, auch die Wiedervernetzung der verbliebenen Waldflächen würde verhindert. Auch ginge ein wertvoller Biotop für viele dort vom BUND nachgewiesene seltene Vogelarten verloren. Wir haben deshalb gegen die neue Hauptbetriebsplanzulassung 2021-2024 beim Verwaltungsgericht Köln Klage eingereicht. Auch die Klage wegen der Zwangsenteignung unseres mit dem großen gelben Kreuz markierten Schutzgrundstücks ist noch nicht entschieden. Der juristische Kampf gegen den Tagebau Hambach geht damit weiter.

Grünes Netz Rheinisches Revier

Gleichwohl beschäftigen wir uns auch intensiv mit der Zukunftsgestaltung. Schon lange fordert der BUND ein revierweites Biotopverbundsystem zur ökologischen Revitalisierung der geschundenen Region. Dazu setzen wir auf die natürliche Wiederbewaldung zur Verbindung der Restwälder und Verbindungsstrukturen im Offenland. Unsere Ideen fanden in der Politik große Resonanz. Allerdings ohne dass diese entsprechende konkrete Taten folgen ließ. Der BUND hat deshalb bei der Zukunftsgestaltung Rheinisches Revier (ZRR) einen Förderantrag „Grünes Netz Rheinisches Revier“ eingereicht. Dieser sieht die Flächensicherung für den Biotopverbund, die Etablierung ökologischer Bewirtschaftungsmodelle und Umweltbildungsmodulen vor. Gemeinsam mit anderen Naturschutzverbänden haben wir zudem beim Wirtschaftsminister einen Förderantrag für ein entsprechendes Grundlagenkonzept eingereicht. Die Zukunft wird jetzt zeigen, ob der Strukturwandel in der Region eine starke ökologische Komponente bekommt.

www.bund-nrw.de/braunkohle





© Dirk Jansen

Erfolg gegen Datteln 4

Seit 2007 klagt der BUND gegen das Uniper-Steinkohlkraftwerk Datteln 4. Zwar konnten selbst die erfolgreichen Klagen nicht verhindern, dass der Kohlemeiler 2020 mit zehnjähriger Verspätung ans Netz ging, allerdings blieben der Atmosphäre dadurch bis zu 60 Millionen Tonnen des Treibhausgases Kohlendioxid erspart. Jetzt aber besteht die große Chance, dass Kraftwerk auch endgültig juristisch zu Fall zu bringen.

Am 26. August 2021 schrieb das BUND-Gerichtsteam einmal mehr ein Stück Rechtsgeschichte. Das Oberverwaltungsgericht in Münster gab der BUND-Klage statt und erklärte den Bebauungsplan für das Kraftwerk für unwirksam. Damit bestätigte das Gericht: Schwarzbau bleibt Schwarzbau.

Mit dem Beschluss hat das Gericht die vom BUND in etlichen umfangreichen Schriftsätzen vorgetragene Rechtsauffassung geteilt. Die Stadt Datteln, Uniper und das Land NRW sind damit in ihrem Versuch, den falschen aber bereits bebauten Standort nachträglich zu legitimieren, gescheitert. Dem Prinzip 'was nicht passt, wird passend gemacht' wurde ein Riegel vorgeschoben. Eine Revision gegen das Urteil ließen die Richter nicht zu. Auch wenn Uniper und die Stadt Datteln dagegen Beschwerde beim Bundesverwaltungsgericht eingelegt haben, geht der BUND davon aus, dass dieses Urteil Rechtskraft erlangen wird. Die Bezirksregierung Münster ist dann gefordert, dem Kraftwerk von Amts wegen die Be-

triebserlaubnis zu entziehen. Sicherheitshalber ist gegen die immissionsschutzrechtliche Genehmigung von Datteln 4 aber eine weitere BUND-Klage anhängig. Die Versuche der Stadt Datteln und Uniper, auf Zeit zu spielen, müssen jedenfalls endlich aufhören: 15 Jahre Rechtsstreit sind genug.

Derweil läuft das Kraftwerk weiter und produziert vor allem Strom für die Deutsche Bahn. In 2021 war damit der Ausstoß von 3,8 Millionen Tonnen Kohlendioxid verbunden.

www.bund-nrw.de/datteln



© Dario Deilmann

Atomenergie: Brennelementeexport für Pannenmeiler stoppen

Das belgische Pannen-Atomkraftwerk Doel liegt nur etwa 120 Kilometer von unserer Landesgrenze entfernt bei Antwerpen. Es sorgt aufgrund etlicher Störfälle fortlaufend für Negativ-Schlagzeilen. Ausgerechnet dorthin werden deutsche Brennelemente geliefert. Gegen die erteilte Ausfuhrgenehmigung hat der BUND Klage eingereicht.

Die beiden Atommeiler Doel 1 und 2 sind 1974/1975 in Betrieb gegangen. Die Uralt-Reaktoren sind schon allein auf Grund ihres Alters in besonderer Weise stör anfällig. Simulationen zeigen, dass im Falle eines Super-GAU's weite Bereiche Nordrhein-Westfalens in den roten Bereich mit einer erheblichen radioaktiven Belastung fielen. Trotzdem wurde die Laufzeit der Reaktoren 2015 um zehn Jahre verlängert. Selbst das oberste Gericht in Belgien hat diese Laufzeitverlängerung wegen fehlender Umweltverträglichkeitsprüfung für unrechtmäßig erklärt. Dennoch läuft das AKW weiter, auch dank der Brennelemente aus deutscher Produktion.

Ab Mitte Januar 2021 wurden 52 Brennelemente trotz eines vom BUND dagegen eingelegten Widerspruchs aus der Brennelementefabrik im niedersächsischen Lingen an das AKW geliefert. Obwohl der BUND-Widerspruch aufschiebende Wirkung hätte entfalten müssen, gingen die Brennelemente auf die Reise. Wir haben deshalb im Juli beim Verwaltungsgericht Frankfurt Klage eingereicht. Letztendlich aber fordert der BUND die sofortige Stilllegung der Urananreicherung und Brennelementeproduktion in Deutschland. Hier müssen die Regierungen in Bund und Land endlich liefern.

www.bund-nrw.de/atomkraft



65.000 Stimmen gegen Windkraft-Verbot

Der naturverträgliche Ausbau der Windenergienutzung ist eine zentrale Säule der Energiewende. Nur nicht in NRW. Unter Schwarz-Gelb ist der naturverträgliche Ausbau der Windkraft-Nutzung massiv ausgebremst worden. Dagegen macht der BUND mobil.

So sammelte der BUND gemeinsam mit Campact exakt 65.143 Unterschriften gegen die Einführung eines 1.000 Meter-Mindestabstandes von Windenergieanlagen zu Wohngebieten. Stellvertretend für Ministerpräsident Armin Laschet nahm Bauministerin Ina Scharrenbach (CDU) Ende Juni 2021 die Appelle entgegen. Der Gesetzesentwurf torpedierte die Klimaschutzziele und missachte die Vorgaben aus dem Klima-Urteil des Bundesverfassungsgerichts, so die BUND-Argumentation. Wird er umgesetzt, würde fast ganz NRW zu einer Windenergie-Verbotszone werden. Einerseits neue Klimaziele zu definieren, sich dann aber andererseits dem Ausbau erneuerbarer Energien zu verweigern, ist nach BUND-Auffassung keine glaubwürdige Politik. Mit der sachlich nicht begründbaren Abstandsregel wird auch der Ersatz alter Anlagen an allseits akzeptierten Standorten („Repowering“) erschwert.

Der BUND lehnt pauschale Mindestabstände für Windenergieanlagen ab. Bestehende Gesetze bieten genügend Regelungen, den Gesundheitsschutz der Bevölkerung zu sichern. Mögliche Konflikte auch mit dem Naturschutz können durch die Ausweisung von Windenergie-Vorranggebieten auf 2 Prozent der Landesfläche vermieden werden. Trotzdem hat die CDU/FDP-Mehrheit im Parlament das Gesetz am 1. Juli beschlossen.

www.bund-nrw.de/windenergie



© LimoWreck, Jochen Behrmann

Mobilitätswende jetzt!

Für mehr Radverkehr und einen besseren ÖPNV – gegen neue Straßen



© Dario Belmann

Der Verkehrssektor bleibt eines der größten Sorgenkinder beim Klimaschutz. Gegenüber 1990 wurden die CO₂-Emissionen aus dem Verkehr nicht gesenkt. Zu stark ist der Einfluss der Autolobby auf die Politik. Das wollen wir ändern.

Radverkehrsgesetz durchgesetzt

Mit der Forderung, den Anteil des Radverkehrs bis 2025 landesweit von derzeit 8 auf 25 Prozent zu erhöhen, hat die vom BUND unterstützte Volksinitiative ‚Aufbruch Fahrrad‘ 207.000 Unterschriften gesammelt – ein beispielloser Erfolg! Und der Gesetzgeber handelte: Begleitet von Aktionen unseres Bündnisses und intensiver Lobbyarbeit verabschiedete das Parlament im Herbst 2021 das Fahrrad- und Nahmobilitätsgesetz. Damit wurden unsere Forderungen umgesetzt – allerdings nicht vollständig. Das 25 Prozent-Ziel ist zwar aufgegriffen worden, allerdings ohne das Zieljahr 2025. Auch die Forderungen nach 1.000 Kilometern Radschnellwege für den Pendelverkehr bis 2025, nach 300 Kilometern überregionaler Radwege pro Jahr oder etwa nach einer kostenlosen Mitnahme von Fahrrädern im Nahverkehr blieben unberücksichtigt.

Straßenneubau stoppen

Zudem fordert der BUND eine Umverteilung des Straßenraums. Wo immer möglich müssten Autostraßen zugunsten des Rad- und Fußverkehrs umgewidmet werden, um nicht weiteren Flächenfraß zu begünstigen. Ein solcher Paradigmenwechsel blieb aber aus. Bevor Hendrik Wüst (CDU) aus dem Verkehrsministerium in die Staatskanzlei wechselte, zeichnete er dafür

verantwortlich, dass wieder deutlich mehr Mittel in den Straßenneubau flossen. Galt unter der vorherigen Landesregierung noch das Prinzip ‚Erhalt vor Neubau‘, so kehrte Wüst auch diese Priorisierung um – mit fatalen Folgen.

Marode Brücken

Der 2. Dezember 2021 wird einer ganzen Region lange in schlechter Erinnerung bleiben. Die Rahmedetalbrücke der Autobahn A 45 bei Lüdenscheid musste wegen akuter Einsturzgefahr dauerhaft gesperrt werden. Das löste nicht nur ein permanentes Verkehrschaos aus, sondern führte auch zu untragbaren Belastungen der durch Ausweichverkehre betroffenen Bevölkerung. Dass die Brücke ersetzt werden muss, ist seit mindestens 10 Jahren bekannt. Passiert ist – nichts. Stattdessen wurde lieber der umweltschädliche Neubau der Autobahn A 46 durch das Sauerland voran getrieben.

Klar ist, dass möglichst schnell ein Brückenersatz geschaffen werden muss. Dabei tauchte reflexhaft der Ruf nach einem Verzicht auf gesetzlich vorgeschriebene Umweltstandards auf. Als der BUND öffentlich deren Einhaltung einforderte, sorgte dies für einen Aufschrei bei Politik und Bevölkerung. Seitdem tobt bundesweit eine heftige Debatte. Wir setzen uns aber weiter vehement für die Einhaltung des geltenden Planungsrechts ein. Zu zeitlichen Verzögerungen führt das nicht, dafür gibt es aber mehr Rechtssicherheit. 30 Prozent aller NRW-Autobahnbrücken gelten als marode. Deshalb darf die Rahmedetalbrücke nicht zum Präzedenzfall werden.

www.bund-nrw.de/mobilitaet



Insekten retten – Artenschwund stoppen

Der Verlust an Pflanzen- und Tierarten ist dramatisch. Allein bei den Insekten stehen in Nordrhein-Westfalen 55 Prozent der Schmetterlinge, 52 Prozent der Wildbienen und Wespen, 48 Prozent der Heuschrecken und 45 Prozent der Libellen in der aktuellen Roten Liste der gefährdeten Arten. Seit 1989 ist die Insektenbiomasse um 75 Prozent zurückgegangen. Der Schwund an Pflanzen- und Tierarten ist neben der Klimakrise eine existenzielle Zukunftsfrage.

Trotz aller Mahnungen auch aus der Wissenschaft, in allen hierfür relevanten Handlungsfeldern schnellstens umzusteuern, herrschen beim Thema ‚biologische Vielfalt‘ landespolitischer Stillstand und Rückschritte. Pestizideinsatz selbst in Naturschutzgebieten, ein ungebremster Flächenfraß durch neue Siedlungs- und Verkehrsflächen im Umfang von tagtäglich 12 Fußballfeldern und Minister*innen, die tatenlos zuschauen, wie sich so genannte Schottergärten in unseren Städten weiter ausbreiten: der Handlungsbedarf ist enorm. Von einer natürlichen Waldentwicklung sind wir weit entfernt, beim Anteil der ökologisch bewirtschafteten

Äcker, Wiesen und Weiden gehört NRW bundesweit zu den Schlusslichtern. Das Ziel, neben dem Nationalpark Eifel einen zweiten Nationalpark in der Senne auszuweisen, hatte die schwarz-gelbe Landesregierung ebenfalls gestrichen. Für uns heißt das: Weiter Druck machen und die Landespolitik zum Handeln antreiben!

Volksinitiative mit klarer Botschaft: 115.000 Mal „ja“

Gemeinsam mit der Landesgemeinschaft Naturschutz und Umwelt (LNU) und dem Naturschutzbund (NABU) setzte der BUND die im Sommer 2020 gestartete ‚Volksinitiative Artenvielfalt NRW‘ fort. Darin legten wir konkrete Vorschläge für ein ‚Handlungsprogramm Artenvielfalt NRW‘ vor, die in Gesetzen und Programmen verbindlich zu verankern und umzusetzen sind.

Unter widrigsten Rahmenbedingungen der Coronapandemie, mit Kontaktbeschränkungen, Lockdown und monatelangen Unterbrechungen warben BUND-Aktive landauf landab um Zustimmung zu unserer Initiative,



© Jörg Farys - dieprojektoren.de

NATUR & LANDWIRTSCHAFT

sammelten unter Beachtung aller Vorsichtsmaßnahmen Unterschriften, führten soweit möglich Gespräche mit Bürger*innen und im persönlichen Umfeld, und ein breites Bündnis aus fast 100 Organisationen unterstützte all dieses in den eigenen Reihen.

Mit Erfolg: 115.035 Bürgerinnen und Bürger aus allen 396 Kommunen in NRW gaben der Volksinitiative ihre Stimme – weit mehr als nötig gewesen wäre, um die gesetzliche Hürde dafür zu nehmen. Unser Ziel, mit vereinten Kräften den Erhalt der biologischen Vielfalt ganz oben auf die Tagesordnung des Parlaments zu setzen, wurde erreicht.

Chance vertan: CDU und FDP schmettern Volksinitiative ab

Der Einbringung in den Landtag folgte das parlamentarische Prozedere mit Anhörungen der Vertrauenspersonen Holger Sticht (BUND) und Heide Naderer (NABU). Damit eröffnete sich aus Sicht der Naturschutzverbände eine Riesenchance, den Natur- und Artenschutz im Land umfassend in allen relevanten Handlungsfeldern der Landespolitik umzusetzen. Andere Bundesländer wie Bayern, Baden-Württemberg, Niedersachsen und Brandenburg hatten es vorgemacht: überall dort, wo die Naturschutzverbände Volksbegehren oder Volksinitiativen auf den Weg gebracht haben, entstanden in der Folge wichtige Debatten und kam es zu konkreten Beschlüssen und Veränderungen.

Nicht so in NRW: Anstatt die Volksinitiative und den Rückenwind aus der Bevölkerung positiv aufzugreifen

und nunmehr substanzielle und verbindliche Maßnahmen zugunsten der Artenvielfalt einzuleiten, wurden fast alle Ansätze von den Regierungsfractionen CDU und FDP im Landtag zerredet, unbeachtet gelassen oder als vermeintlich erledigt betrachtet. Letztlich lehnten die Regierungsfractionen die Volksinitiative ab. Übrig blieben am Ende lediglich mickrige, unverbindliche und teils peinliche Alternativvorschläge, die der Herausforderung in keiner Weise angemessen sind. Die Fractionen von SPD und Grünen unterstützten hingegen das Anliegen. Nunmehr wird eine nächste Landesregierung die vielen unerledigten Aufgaben mit Hochdruck angehen müssen.



Maßstäbe gesetzt

Was bleibt: Auch wenn die erste Naturschutz-Volksinitiative in der Geschichte des Landes Nordrhein-Westfalen von den Regierungsfractionen abgeschmettert wurde, ist es gelungen, unmissverständlich und klar die Handlungsmöglichkeiten und Verantwortung der Landespolitik aufzuzeigen. Hieran wird sich jede künftige Landesregierung messen lassen müssen. Allen, die uns bei diesem großen Projekt in schwierigen Zeiten so beherzt unterstützt haben, gilt unser großer Dank!

www.bund-nrw.de/volksinitiative

Schmetterling des Jahres

Der Braune Bär (*Arctia caja*) liebt Hecken und Feldgehölze. Empfindlich reagiert der Nachtfalter hingegen auf künstliche Beleuchtung. Wegen des Lebensraumschwunds durch die Intensiv-Landwirtschaft und durch zunehmende Lichtverschmutzung ist der Bestand des Braunen Bären rückläufig. Er steht schon auf der Vorwarnliste der bedrohten Tiere. Die BUND NRW Naturschutzstiftung und die Arbeitsgemeinschaft Rheinisch-Westfälischer Lepidopterologen e.V. haben den Falter deshalb zum Schmetterling des Jahres 2021 gekürt.

www.bund-nrw-naturschutzstiftung.de



© T. Laubmann, rechts: Adalbert Niemeyer-Lüllwitz, Peter Brenner

Erfolgsgeschichte: 25 Jahre Biomolkerei in Usseln

Vor 25 Jahren gründeten 18 Bio-Bauern die Upländer Bauernmolkerei im nordhessischen Usseln direkt an der Grenze zu Nordrhein-Westfalen. Der BUND hat von Beginn an den Aufbau aktiv mit seinem Bio-Molkerei-Beteiligungsfonds unterstützt und die weiteren Entwicklungen begleitet. Seitdem hat die Upländer Bauernmolkerei eine sehr positive Entwicklung genommen. Wurden 1996 zunächst „nur“ eine Million Liter Bio-Milch pro Jahr verarbeitet, sind es heute über 40 Millionen Liter.

Im September 2021 wurde das Jubiläum gefeiert – und eine tolle Erfolgsgeschichte. Mehr als 100 Bio-Milchbetriebe aus Hessen und NRW liefern mittlerweile täglich frische Milch, die Produkte der Biomolkerei finden sich inzwischen in den Kühlregalen der Supermärkte sowie in vielen Bio- und Naturkostläden. Im Jubiläumsjahr erfolgt nun eine Erweiterung der Molkerei: Über 19 Millionen Euro werden in ein neues, hochmodernes Produktionsgebäude investiert, im Herbst 2021 ging die Produktion im neuen Gebäude an den Start.

Regionale Verarbeitung und Vermarktung sichern die Zukunft vieler Bio-Bauernhöfe der Region, bieten so viele Vorteile für Klima und Artenvielfalt und versorgen die Menschen mit regionalen, hochwertigen Lebensmitteln. Auch für Besucher*innen jegliche Alters ist die Molkerei attraktiv: Im Laden werden alle leckeren Produkte der Molkerei angeboten, im „Upländer Milchmu(h)seum“ kann das Melken oder die Herstellung von Butter ausprobiert werden.

www.bauernmolkerei.de



Auszeichnung für das Moorschutzprojekt des BUND

Die BUND-Untersuchung "Wiedervernässung von Heide- und Waldmooren auf der Bergischen Heideterrasse" ist bei der Biodiversitätskonferenz in Kumming (COP15) als eines der "100+ Global Noteworthy Practices" ausgezeichnet worden. Eineinhalb Jahre hatte der BUND, gefördert durch das Bundesamt für Naturschutz, im Naturraum Bergische Heideterrasse zwischen Duisburg im Norden und Siegburg im Süden ehemalige oder degradierte Moorlebensräume untersucht und schließlich 1.000 Hektar identifiziert, die wiedervernässt werden können.

Die Wiedervernässung ist nicht nur der Schlüssel zur Sicherung der gefährdeten biologischen Vielfalt von Moorlebensräumen. Hierdurch kann auch die natürliche Wasserrückhaltung wiederhergestellt und damit Dürren und Extremhochwässern vorgebeugt werden. Gleichzeitig können mit den Moorlebensräumen natürliche Kohlenstoff- und Methansenken reaktiviert und damit entscheidende Beiträge zum aktiven Klimaschutz geleistet werden. Nach Regierungsangaben stammten zuletzt etwa 53 Millionen Tonnen CO₂-Emissionen und damit rund 6,7 Prozent der deutschen Treibhausgasemissionen aus der Zersetzung von Moorböden durch Entwässerungsmaßnahmen und Torfnutzung.

Der BUND hat nach Abschluss des Erprobungs- und Entwicklungsvorhabens ein Nachfolgeprojekt beantragt, das die Umsetzung der Maßnahmen zur Wiedervernässung ermöglichen soll.

www.bund-nrw.de/moorschutz



Einsatz gegen Industrieprojekte auf der grünen Wiese

Tag für Tag gehen in Nordrhein-Westfalen im mehrjährigen Mittel 10 Hektar Freiraum für Siedlungs- und Verkehrsflächen verloren. Ein konsequentes Umsteuern der Landesregierung ist nicht in Sicht – im Gegenteil, wie ein Beispiel aus Datteln und Waltrop zeigt.

Seit Jahrzehnten kämpft der BUND dort gegen die Versiegelung von bis zu 500 Hektar überwiegend landwirtschaftlich genutzter Flächen in den ehemaligen Rieselfeldern. Seit den 1990er Jahren wird dort ein „Gewerbe- und Industriegebiet von landesweiter Bedeutung“ unter der Bezeichnung newPark geplant. Das Gebiet liegt auf der buchstäblich grünen Wiese, ohne adäquaten ÖPNV, weitab von ausreichenden Siedlungsstrukturen, aber direkt neben dem Natura 2000-Gebiet Lippeaue. Als wäre das noch nicht schlimm genug, soll extra für den newPark mit der ebenfalls geplanten Verlängerung der A45 unter der Bezeichnung B474n eine Erschließungsstraße durch die Landschaft gefräst werden. Eine Straße, die bereits 1994 vor dem Oberverwaltungsgericht Münster gescheitert ist. Trotzdem wird heute, 27 Jahre nach dem Urteil, dieselbe Straßenplanung auf nahezu derselben Trasse weiter im laufenden Planfeststellungsverfahren vorangetrieben.

In 2021 wurden weitere Genehmigungsschritte für den newPark eingeleitet. Anlass für den BUND, sich für eine juristische Auseinandersetzung zu wappnen. Die Ignoranz der drohenden Klimakatastrophe und der Biodiversitätskrise darf nicht einfach so hingenommen werden.

www.bund-nrw.de/naturschutz



Neues Projekt: Stadtklima und Stadtnatur schützen

Aufgrund des Klimawandels und des Verlusts von Lebensräumen spielt der Schutz der Natur in Städten eine immer wichtigere Rolle. Stadtnatur trägt nicht nur als Erholungsfläche maßgeblich zur Lebensqualität bei, Wasser- und Grünflächen sorgen auch dafür, dass Niederschlagswasser langsamer abfließt und bringen Abkühlung in heißen Sommern. Besonders in NRW als dem am dichtesten besiedelten Bundesland ist dieses Thema von hoher Relevanz. Das neue BUND-Projekt „Stadtklima und Stadtnatur schützen“ widmet sich dem Thema und zeigt Möglichkeiten der kommunalen Klimaanpassung auf. Gefördert wird das bis 2024 laufende Projekt von der Stiftung für Umwelt und Entwicklung Nordrhein-Westfalen.

Ziel des Projektes ist es, den Klimaschutz und die Klimaanpassung verstärkt auf den Plan der Kommunen zu bringen und den Schutz und die Vernetzung von Lebensräumen auch innerhalb von Siedlungsräumen einzufordern. Nicht zuletzt auch, um das Wohnen in unseren Städten weiterhin lebenswert zu erhalten.

Ganz konkret wollen wir erreichen, dass die klimarelevante Stadtnatur in Flächennutzungsplänen berücksichtigt und ein öffentlich einsehbares Kataster für Ausgleichsflächen eingeführt wird. Eine landesweit einheitliche Baumschutzsatzung, das Verbot von Schottergärten und die Einführung von ökologischen Lichtmanagementplänen sind weitere Ziele. Mit Vernetzungstreffen, Schulungen und Materialien werden Ehrenamtliche ganz praktisch vor Ort unterstützt.

www.bund-nrw.de/stadtnaturschutz



© Dirk Jansen

BUND-Rettungsnetz: Die Wildkatze kehrt zurück

Nun ist es amtlich: Auch in Aachen leben Wildkatzen. Nachdem 2016 ein erster Nachweis einer größeren Besiedlung durch Wildkatzen in diesem Gebiet veröffentlicht wurde, blieb es lange still um die dortige Population. Das wollte der BUND ändern und hat deshalb im Sommer 2021 mehrere Wildtierkameras im Aachener Wald platziert. Drei Wildkatzenbotschafter des BUND und die Revierförster des Gemeindeforstamtes Aachen kontrollierten regelmäßig die Kameras. Dadurch konnte dann der Nachweis erbracht werden.

Die Wildkatze fühlt sich in „unaufgeräumten“, naturnahen Laubmischwäldern mit vielen Versteckmöglichkeiten am wohlsten. Im Stadtwald Aachen finden die Wildkatzen genau diese Strukturen.

Wildkatzen sind auf ein durchgängiges Netzwerk solcher Wälder angewiesen. Der BUND arbeitet deshalb daran, ein deutschlandweites Netz an Naturlebensräumen für die Wildkatze zu schaffen, ein Ziel, für das es einen langen Atem braucht. So wollen wir dem scheuen Waldbewohner zum Beispiel auch im Rheinischen Revier eine neue Heimat bieten. Dafür braucht es geeignete Flächen für den Biotopverbund, aber auch Querungshilfen über Straßen müssen realisiert werden.

Einst fast ausgestorben, kehrt der scheue Waldbewohner so langsam zurück. NRW hat das Glück, etwa 10 Prozent der deutschlandweit vorkommenden 5.000 bis 8.000 Wildkatzen zu beherbergen. Die größten Vorkommen sind in der Eifel, im Sauerland, im Egge- und Rothaargebirge.

www.bund-nrw.de/wildkatze

Dem Geheimnis der Gartenschläfer auf der Spur

Das Groß-Projekt „Spurensuche Gartenschläfer“ entwickelt sich immer mehr zu einem vollen Erfolg. An dem vor drei Jahren gestarteten und im Bundesprogramm Biologische Vielfalt geförderten Projekt haben sich auch in NRW zahlreiche ehrenamtliche Naturschützer*innen beteiligt – mit beachtlichen Ergebnissen.

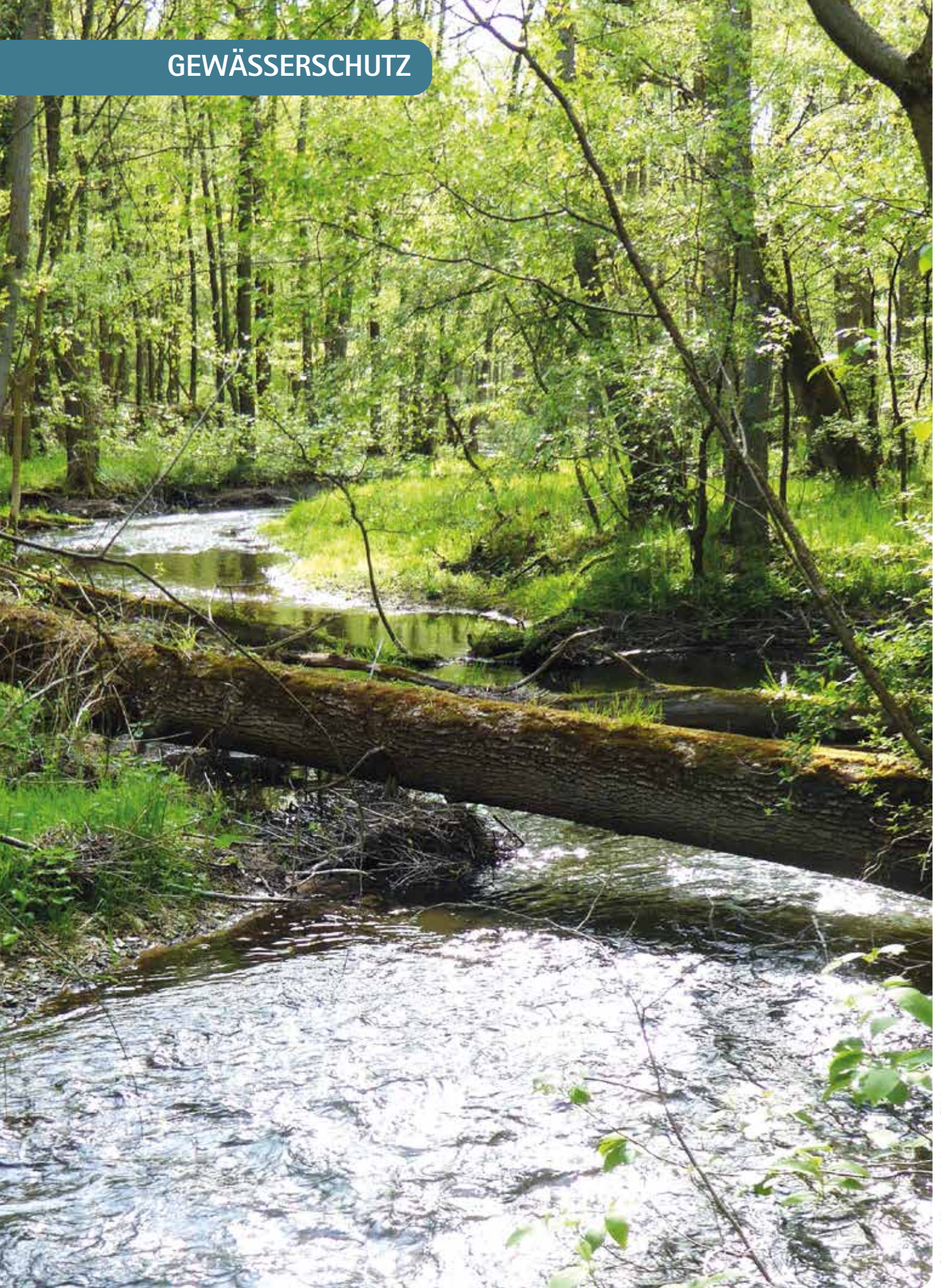
Etwa 100 freiwillige Helfer*innen gehen in NRW mit auf die Spurensuche. Sie konnten 400 Nachweise für das Vorkommen des Gartenschläfers und anderer Bilche erbringen, über 320 Spurentunnel bestücken und kontrollieren, an die 50 Wildtierkameras installieren und auswerten sowie 50 Nistkästen überprüfen. Erstmals kam dabei auch echte Gartenschläfer-Hightech zum Einsatz. Die Dormouse Monitoring Systems (DoMoS, Dormouse = engl. für Bilch) genannten Forschungsröhren sollen helfen, den stark gefährdeten Gartenschläfern einige ihrer Geheimnisse zu entlocken.

So konnten in Rheinbach über drei Jahre lang täglich Gartenschläfer gefilmt und wichtige Erkenntnisse über das Sozialverhalten von Gartenschläfern in deutschen Gärten gewonnen werden. Und auch in Köln, unserer „Gartenschläfer-Hochburg“, waren Freiwillige der BUND-Kreisgruppe jeden Monat unterwegs, um Nistkästen zu kontrollieren. Gleichzeitig wurden Kotproben eingesammelt. Diese Proben gingen in die Analyse von insgesamt 1.000 Kotproben zur Nahrungszusammensetzung der Gartenschläfer in Deutschland ein. So langsam kommt damit Licht ins Dunkel des rätselhaften Verschwindens unserer kleinen Bilche.

www.bund-nrw.de/gartenschlaefer

© Marcus Bosch, Kerstin Hinze





Nach der Flut: Kein Weiter-so-wie-bisher

Mit zerstörender Wucht haben die Starkregen und die anschließenden Überschwemmungen Mitte Juli 2021 weite Teile des Landes verwüstet. 49 Menschen verloren ihr Leben, die Schadenssumme wird allein in NRW mit 13 Milliarden Euro beziffert. Noch immer kämpfen zehntausende Betroffene mit den Folgen. Dabei sind die katastrophalen Folgen der Starkregen auch hausgemacht.

Hausgemachte Katastrophe

Das Tief ‚Bernd‘ brachte vom 12. bis 15. Juli große Regenmengen. An einer ungewöhnlich großen Zahl von Orten wurden neuen Rekordmengen registriert. In Hagen wurde an einer Wetterstation mehr als 241 l/m² Niederschlag in nur 22 Stunden gemessen. Auch wenn solche Einzelereignisse kein direkter Beleg für den Klimawandel sind, ist der Trend eindeutig: Die Daten der Klimamodelle belegen eine Tendenz zur Zunahme der Häufigkeit und Intensität von Starkniederschlägen in der Zukunft.

Von dem Starkregen und dem Hochwasser waren rund 180 Kommunen und damit nahezu die Hälfte der kommunalen Gebietskörperschaften betroffen. Begünstigt wurden die katastrophalen Folgen durch politische Fehler – und das auf allen Ebenen. Der anhaltend hohe Flächenverbrauch für Siedlungen, Gewerbe und Industrie, die großen Defizite beim ökologischen Umbau unserer Flüsse und Bäche sowie eine verfehlte Forst- und Agrarpolitik sorgen dafür, dass die Natur die Wassermassen nicht mehr abpuffern kann. Noch immer werden Bauge-

biote selbst in festgesetzten Überschwemmungsgebieten ausgewiesen. Und in Erftstadt-Blessem wurde entgegen der BUND-Kritik eine Kiesgrubenerweiterung bis an den Fluss Erft genehmigt. Als dieser am 15. Juli über die Ufer trat und in die Grube eindrang, rissen die einstürzenden Böschungen etliche Anwesen und Gebäude mit in die Tiefe. Die Bilder davon gingen um die Welt.

Spätestens das Juli-Hochwasser sollte allen klargemacht haben, dass es ein „Weiter so“ nicht geben darf. Anstatt die gleichen Fehler zu wiederholen, muss der Wiederaufbau der zerstörten Regionen so erfolgen, dass die Folgen zukünftiger unabwendbarer Starkregen- und Hochwasserereignisse beherrschbar werden. Klimaschutz und Klimaanpassung müssen endlich ganz oben auf der Agenda stehen – im Bund, in den Ländern und in den Kommunen.

Vor allem aber muss der ökologische Hochwasserschutz endlich höchste Priorität bekommen. Die Gewässerschutzexpert*innen des BUND haben dazu konkrete Forderungspapiere erarbeitet.

www.bund-nrw.de/wasser



Chemiegefahr am Rhein



© BUND-Archiv, Gabriele Falk

Nordrhein-Westfalen ist der bedeutendste Chemiestandort in Deutschland: Rund ein Drittel aller Umsätze in der chemischen Industrie erwirtschaften die etwa 500 NRW-Unternehmen. Etliche davon haben sich entlang des Rheins angesiedelt. Sie nutzen unseren größten Fluss als Transportweg, für die Wasserver- und die Abwasserentsorgung. Damit sind zahlreiche Risiken für Mensch und Umwelt verbunden. Ein Thema, welches der BUND seit Jahrzehnten kritisch begleitet.

Verheerende Explosion

Am 27. Juli 2021 um 09:38 Uhr kam es zu einer verheerenden Explosion mit anschließendem Brand in der Sonderabfallverbrennungsanlage des Currenta-Entsorgungszentrums in Leverkusen-Bürrig. Bei der Katastrophe kamen sieben Menschen ums Leben, 31 Menschen wurden verletzt. Die giftige Brandwolke zog bis nach Dortmund. Im Zuge der Löscharbeiten gelangten Millionen Liter kontaminiertes Löschwasser in den Rhein.

Eine genaue Bilanz des Schadens und der tatsächlichen Gefährdung von Anwohner*innen und weiteren Betroffenen ist bis heute nicht möglich. Zwar gab das Landesumweltamt in Bezug auf die Freisetzung von Dioxinen und anderen hochgefährlichen Stoffen schnell Entwarnung, doch die Giftwolke hing über großen Teilen Nordrhein-Westfalens, und Langzeitfolgen sind nicht ausgeschlossen. Erst mehr als zwei Wochen nach der Explosion gab der Betreiber Currenta den Inhalt der explodierten Tanks bekannt. Danach lagerten dort schwefel- und phosphorhaltige Reststoffe, wie sie bei der Produktion von Pflanzenschutzmitteln entstehen. Die Reststoffe waren aus dem EU-Ausland zur Entsorgung in der Sonderabfallverbrennungsanlage bestimmt.

Dazu kamen lösemittelhaltige Produktionsrückstände, die unterschiedliche Konzentrationen von Halogenen, Alkohole und Schwefel enthielten. Insgesamt eine Mischung mit hohem Gefährdungspotenzial. Wie es zu der Explosion kommen konnte, wird von der Staatsanwaltschaft untersucht.

Giftiges Löschwasser

Doch damit nicht genug. Zur Bekämpfung des Brandes wurden große Mengen Löschwasser eingesetzt. Diese vermischten sich mit dem regulären Abwasser und Produktresten aus dem havarierten Tank. Sie wurden erst in Auffangbehälter der benachbarten Gemeinschaftskläranlage und später über diese in den Rhein geleitet.

Ein Kreis engagierter BUND-Expert*innen hakte nach, stellte mehrere Anfragen, forderte Aufklärung und war bei öffentlichen Veranstaltungen an der Seite der besorgten Bürger*innen. So kam scheinbar ans Licht, dass Millionen Liter giftiges Löschwasser auf diese Weise entsorgt wurden – ein Desaster für den Rhein, auch wenn die Behörden das als unkritisch einstufen.

Im Hinblick auf den geplanten Wiederaufbau der Anlage stellen sich jetzt zahlreiche Fragen zur Zuverlässigkeit des Betreibers und zur Genehmigungs- und Überwachungspraxis. Letztendlich aber stellt sich die Frage, ob solche Hochrisikoplanlagen heutzutage überhaupt noch in unmittelbarer Nähe von Wohnsiedlungen errichtet werden dürfen.

www.bund-nrw.de/currenta

Wald, Wasser und Anpassung an den Klimawandel

Der Klimawandel beschert uns immer extremeres Wetter. Auf der einen Seite Dürren wie in den letzten Jahren, auf der anderen Seite aber auch sintflutartige Regenfälle. Beides sind zwei Seiten einer Medaille. Zur Klimawandelanpassung spielen intakte Wälder eine wichtige Rolle. Darauf machten die BUND-Fachleute angesichts der Hochwasserkatastrophe 2021 aufmerksam.

Wälder beeinflussen den Landschaftswasserhaushalt massiv. Bäume verdunsten Wasser und reduzieren den Abfluss. Unter Laubwald bildet sich mehr Grundwasser. Lockerer, belebter und durchwurzelter Waldboden speichert bis zu 200 Liter Wasser pro Kubikmeter Boden – Hochwasserprävention pur! Von dieser Speicherwirkung profitieren auch die Bäume in längeren Trockenperioden. Waldbäche leben von der Schwammwirkung des Waldbodens. Sie schwellen in Niederschlagsperioden nur langsam an und zehren in Trockenzeiten von dem gespeicherten Wasser.

Toter Wald verdunstet nichts. Wenn die abgestorbenen Bäume dann noch mit Harvestern „geerntet“ und die Waldböden massiv verdichtet werden, fließt viel zu viel Niederschlag sofort ab. Werden die Hänge auch noch gerodet, besteht bei Starkregen die Gefahr von Hangrutschungen und Muren.

Der BUND hat in seinem Positionspapier "Wald und Wasser" zahlreiche Forderungen zum Thema Wald und Wasserhaushalt zusammengestellt.

www.bund-nrw.de/publikationen



Aktiver Einsatz für unsere Gewässer

Aktuell neun ehrenamtliche Arbeitskreise unterstützen die inhaltliche Arbeit des BUND auf Landesebene. Sie entwickeln Positionen, vertreten den Verband in Politik oder Öffentlichkeit und beraten die BUND-Gremien sowie den Landesvorstand.

Den Landesarbeitskreis Wasser gibt es bereits seit dem Jahre 1980. Er besteht aus 10 bis 15 fachkundigen Aktiven, u.a. Biolog*innen, Geolog*innen, Ingenieur*innen und Techniker*innen. Es hat sich aber immer wieder gezeigt, dass auch ursprünglich eher fachfremde Menschen engagiert beim Thema Wasser mitarbeiten und beachtliche Kompetenzen auf diesem Gebiet erworben und eingebracht haben.

Im Zentrum der LAK-Arbeit stehen der Schutz des Grund- und Trinkwassers, der Erhalt und die Entwicklung der Oberflächengewässer und des Grundwassers als Lebensraum sowie ein verantwortungsbewusster und angemessener Umgang mit dem Abwasser aus privatem, gewerblichem und industriellem Bereich. Die Aktiven treffen sich etwa viermal im Jahr, um sich über aktuelle Themen abzustimmen. Sie nehmen Gesprächstermine bei Ministerien, Landesbehörden oder auf politischer Ebene wahr, vertreten alle Gewässerschutzbelange in Landes-Arbeitsgruppen – etwa zur Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie – und sind in verschiedenen anderen Gremien vertreten. Sie stehen zudem als fachkompetente Berater*innen dem BUND-Vorstand, dem Landesbüro und den Mitstreiter*innen in den BUND-Kreis- und Ortsgruppen zur Seite.

www.bund-nrw.de/arbeitskreise



Basisdemokratisch, ehrenamtlich, unabhängig

Als BUND Landesverband NRW sind wir rechtlich eigenständig, agieren aber zusammen mit den 15 anderen Landesverbänden unter dem Dach unseres Bundesverbandes und sind auch international vernetzt im Umweltverbund Friends of the Earth. Mit unseren Orts-, Kreis- und Regionalgruppen sind wir im ganzen Land eine starke Stimme für den Natur- und Umweltschutz. Die Landesdelegiertenversammlung (LDV) ist unser höchstes beschlussfassendes Gremium. Sie tagt in der Regel einmal im Jahr, beschließt den Haushalt, legt die Schwerpunkte und Grundsatz-Positionen fest und wählt die ehrenamtlichen Verbandsfunktionäre und -funktionärinnen. Die Kreisgruppen, die BUNDjugend und die Facharbeitskreise entsenden in die LDV ihre Delegierten. Das ist Basisdemokratie im besten Sinne.

Mitgliederbasis stärken

Dank der überwiegenden Finanzierung durch Mitgliedsbeiträge ist der BUND eine unabhängige Kraft. Jedes Mitglied stärkt unsere Arbeit. Denn klar ist: Auch in Zeiten der Corona-Pandemie macht die Klima- und Biodiversitätskrise keine Pause. Aber die Pandemie blieb nicht ohne Auswirkungen. Zwangsweise hat sich die

Sichtbarkeit mehr in den digitalen Raum verlagert, die aktive Mitgliederwerbung wurde so erschwert. Das erklärt die Stagnation beim Mitgliederwachstum. Doch der BUND bleibt eine starke Gemeinschaft, die gemeinsam für den Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen eintritt.

Denn der Natur- und Umweltschutz lebt vom Mitmachen. Ob für kurze Zeit, über viele Jahre hinweg, daheim im Münsterland, Ruhrgebiet, Siegerland oder anderswo in NRW, direkt vor der eigenen Haustür oder auf Landesebene: Gemeinsam mit anderen etwas anzustoßen, sich einzumischen, und versuchen, Dinge zum Besseren zu verändern, ist eine erfüllende Aufgabe. Ehrenamtlich, meinungsfreudig, politisch unabhängig und oft mit großer Beharrlichkeit leisten BUND-Aktive Tag für Tag einen unverzichtbaren Beitrag für unsere Umwelt.

Unsere Mitglieder sind das Fundament unserer Arbeit. Und die Herausforderungen nehmen immer weiter zu. In diesem Fall ist Wachstum nötig. Machen auch Sie mit und werden Sie Mitglied!

www.bund-nrw.de/mitglied-werden

Anzahl der Mitglieder 2010 bis 2021



Der BUND in Zahlen

Politische Unabhängigkeit setzt finanzielle Unabhängigkeit voraus. Die klare politische Linie des BUND in Nordrhein-Westfalen ist nur möglich, weil der Landesverband keine institutionelle Förderung erhält, im Kernbereich keine Projektmittel einsetzt und auf zweifelhafte Spenden verzichtet. Lediglich das in der Rechtsform einer GbR organisierte und damit selbstständige Landesbüro der Naturschutzverbände in Oberhausen – Träger der GbR sind neben dem BUND die LNU und der NABU – erhält regelmäßige direkte Zuweisungen aus dem Landeshaushalt hauptsächlich für die Koordination der Stellungnahmen bei Beteiligungsverfahren.

Woher der BUND NRW seine Mittel erhält

Mehr als 1,6 Mio. Euro und somit knapp 70 Prozent der Gesamteinnahmen des BUND-Landesverbands NRW stammen aus Mitgliedsbeiträgen, Spenden, Erbschaften und Geldauflagen. Diese Einnahmen sichern die Unabhängigkeit des BUND und bilden die zentrale Basis für zukunftsorientierte Natur- und Umweltschutzarbeit auf hohem fachlichem Niveau, kontinuierliche qualifizierte Öffentlichkeitsarbeit und die Realisierung eigener innovativer Projekte.

Die Projektförderungen von gut einem Viertel der Einnahmen sind Drittmittel, die die Landesgeschäftsstelle,

die BUNDzentren sowie die Kreis- und Ortsgruppen des BUND NRW auf Basis von Projektanträgen zusätzlich zum Kernbetrieb für bestimmte konkrete Zwecke eingeworben haben.

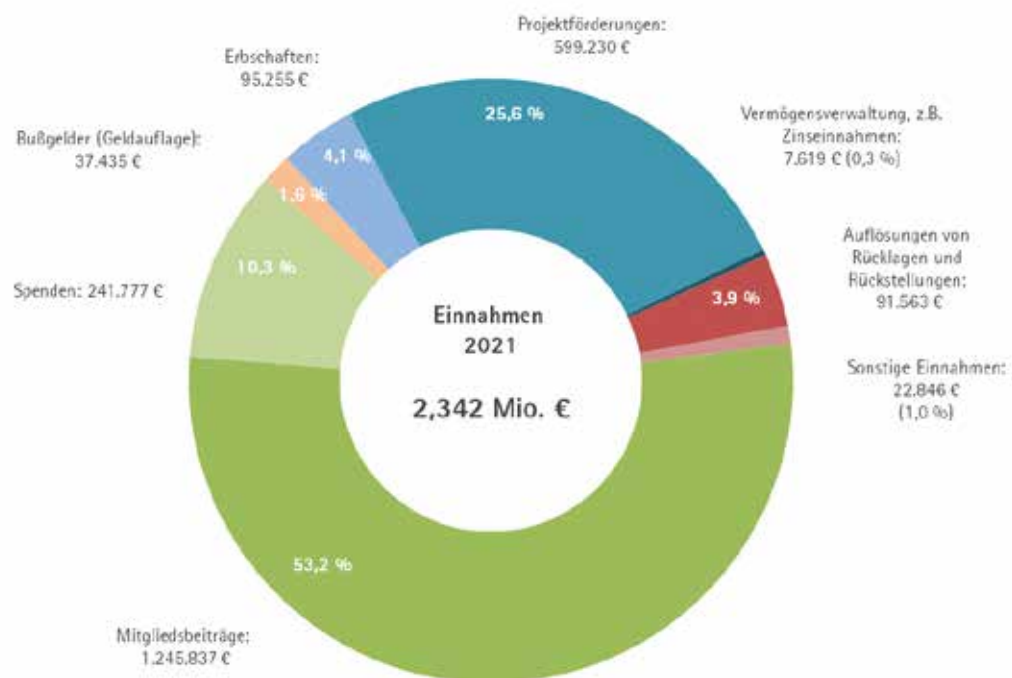
Rücklagen und Rückstellungen wurden in einer Summe von etwa 91 Tausend Euro für die dafür im einzelnen vorgesehenen Zwecke aufgelöst.

Hinzu kommen noch Einnahmen aus Vermögensverwaltung und sonstige Einnahmen.

Wofür der BUND NRW seine Mittel einsetzt

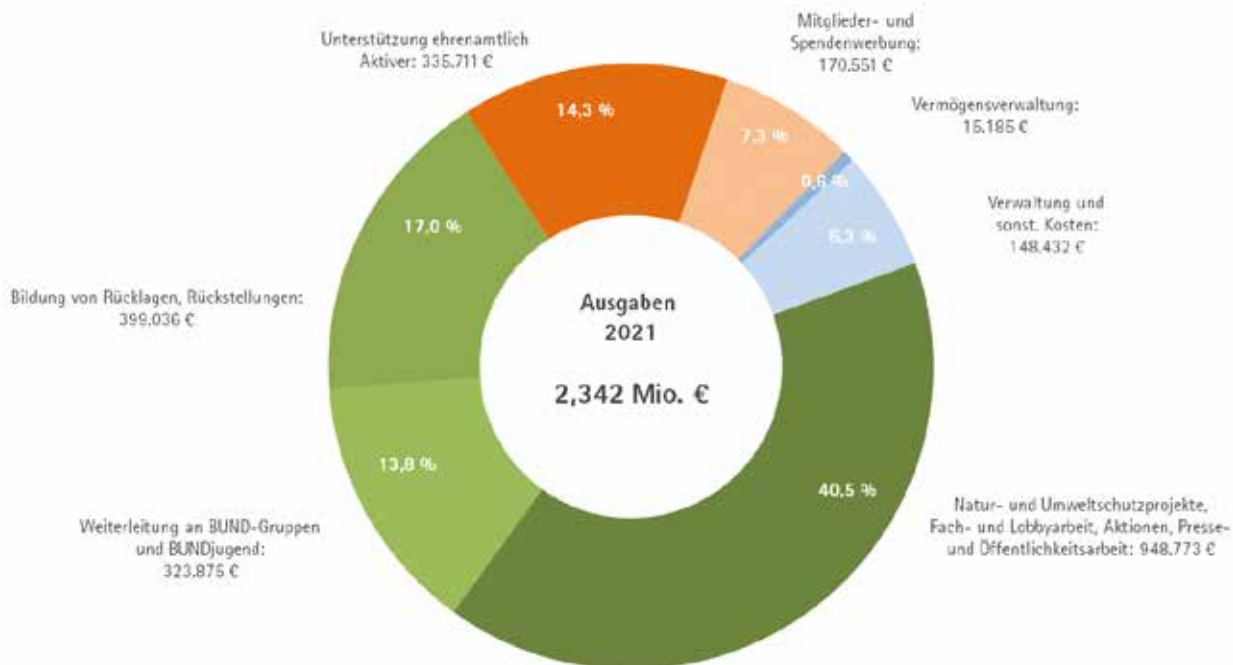
Gut 54 Prozent der gesamten Mittel kommen unmittelbar Natur und Umwelt zugute. Der BUND NRW verwendet sie für eigene Projekte, Fach- und Lobbyarbeit, Aktionen, Umweltbildung sowie Presse- und Öffentlichkeitsarbeit oder leitet sie direkt weiter an BUNDgruppen, BUNDzentren und BUNDjugend für deren umweltpolitische Arbeiten und Naturschutzaktivitäten vor Ort.

Die Mittel für die Unterstützung ehrenamtlich Aktiver beinhalten zum einen die Erstattungen der Auslagen der vielen ehrenamtlichen Aktiven und Gremien, in denen ein Großteil der Facharbeit des Verbandes stattfindet. Hinzu kommen die Kosten für die Begleitung und Zuarbeit durch die Landesgeschäftsstelle.



Der BUND setzt rund 7,3 Prozent seiner Mittel für die Akquise von Spenden und für die Werbung neuer Mitglieder ein. Die Kosten der Vermögensverwaltung betragen 0,6 Prozent, und die Verwaltungs- und sonstigen Kosten liegen bei 6,3 Prozent.

Es wurden Rücklagen und Rückstellungen über etwa 399 Tausend Euro gebildet, wobei mit 334 Tausend Euro der Großteil davon die Beitragsanteile aus 2021 bilden, die 2022 an die Gruppen weitergeleitet werden.



BUND-Stiftung im Aufwind

Geeignete Lebensräume und Verbundachsen für Tiere und Pflanzen zu erhalten oder wieder zu entwickeln, ist in unserer intensiv genutzten Landschaft sehr schwierig. Deshalb erwirbt die BUND NRW Naturschutzstiftung schützenswerte Flächen und sichert sie damit dauerhaft für den Naturschutz.

Traditionell und extensiv bewirtschaftete Kulturlandschaftsflächen sind Voraussetzungen für das Vorkommen vieler seltener Tier- und Pflanzenarten und deshalb besonders wertvoll. Viele Flächen im Eigentum der Stiftung müssen daher bewirtschaftet werden, zum Beispiel als Mähwiese oder Weide. Die fachgerechte Bewirtschaftung oder Pflege der Flächen der Stiftung sowie das Monitoring bei besonderen Zeigerpflanzen und -tieren erfolgt auf ehrenamtlicher Basis von den örtlichen BUND-Gruppen. Auf diese Weise werden die Vorzüge einer „auf ewig angelegten“ Stiftung mit dem Engagement und der Kompetenz eines lebendigen Umwelt- und Naturschutzverbandes vereint.

Die 2002 ins Leben gerufene BUND NRW Naturschutzstiftung hat in diesem Jahr eine Bilanzsumme von 1

Million Euro überschritten. Es befinden sich mehr als 85 Hektar wertvolle Flächen im Eigentum der Stiftung. Dazu zählen überwiegend Wiesen, Weiden und Waldgebiete, aber auch besondere Biotope wie die Kattensteinhöhle im Sauerland, ehemalige Sand- und Kiesgruben im Rhein-Sieg-Kreis sowie stillgelegte Bahntrassen als Vernetzungselemente im Kreis Düren.

Sie können die BUND NRW Naturschutzstiftung finanziell mit einer Spende oder Zustiftung unterstützen oder auch Naturschutzflächen an die Stiftung verkaufen, verschenken oder vererben.

www.bund-nrw.de/bund-nrw-naturschutzstiftung





BUND-Mitgliederwerbung

Aus dem Verband – für den Verband!
Unter dem Motto werben BUND-Gruppen neue Mitglieder. Besonders erfolgreich dabei ist seit vielen Jahren die BUND-Ortsgruppe Lemgo. Auch in 2021 war sie mit 34 direkt geworbenen Mitglied bundesweit die Nr. 1. Wir gratulieren!

Erfolgreich unterstützt werden die Gruppen von der verbandseigenen BUNDconnect GmbH. Als wahre Überzeugungstäter*innen informieren deren Mitarbeitende in unseren Städten über den BUND und verbreitern unsere Mitgliederbasis. Denn nur gemeinsam sind wir stark!

www.bundconnect.de

GEWINNE MITGLIEDER - RETTE DIE WELT!

WIR SUCHEN DICH!

GUTE SACHE, GUTES GELD, GUTE LEUTE.

Komm dazu! > www.bundconnect.de/ausschreibung

Verbandseigene Mitgliedergewinnung für den

BUND
FRIENDS OF THE EARTH GERMANY

Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland

Verbandsklagen: Der BUND als Anwalt der Natur



© Dirk Jansen

Ob Genehmigungsverfahren von Braunkohlentagebauen, Kohlekraftwerken oder Abfalldeponien, ob Befreiungen vom Landschaftsschutz, Straßenbaugenehmigungen oder verweigerter Herausgaben von Umweltinformationen – als einem nach dem Landesnaturschutzgesetz und dem Umwelt-Rechtsbehelfsgesetz anerkanntem Naturschutzverband stehen dem BUND in Nordrhein-Westfalen bestimmte Beteiligungs- und Klagerechte zu, die andere Vereine nicht haben.

Dabei geht einer Klage immer eine arbeitsintensive vorherige Beteiligung in den Genehmigungsverfahren voraus. Pro Jahr landen etwa 1.000 (!) neue Verfahren auf dem Tisch unserer (meist) ehrenamtlichen Bearbeiter*innen vor Ort. Sie erarbeiten fachlich fundierte Stellungnahmen zu den Plänen und Projekten, bringen Verbesserungsvorschläge oder Alternativen vor. Alle diese Verfahren koordiniert seit 1982 das ‚Landesbüro der Naturschutzverbände‘ in Oberhausen, das wir gemeinsam mit den Naturschutzvereinen LNU und NABU betreiben. Auch für die Behörden und Vorhabenträger ist das Landesbüro der zentrale Ansprechpartner. Damit kommt der Einrichtung eine herausragende Bündelungsfunktion zu.

In den wenigsten Verfahren kommt es dann auch zu einer Auseinandersetzung vor Gericht. Der BUND arbeitet immer zuerst auf einvernehmliche Lösungen zugunsten der Natur hin. Scheitern solche, bleibt in ausgewählten Fällen nur der Klageweg. Dabei sind unsere Klagen überproportional erfolgreich.

Nicht immer sind unsere Klagen so spektakulär wie die gegen den Tagebau Hambach oder die Kohlekraftwerke Datteln und Lünen. Auch unter dem Radar der breiten Öffentlichkeit spielen sich viele Verstöße gegen das Umweltrecht ab.

Wer klagt, muss sich auf eine lange Verfahrensdauer einstellen. Ende 2021 waren noch knapp 20 BUND-Klagen vor Gericht anhängig, vier neue kamen in diesem Jahr dazu:

- Braunkohlentagebau Hambach: Mit der neuen Hauptbetriebsplanzulassung wird der Lebensraum vieler streng geschützter Vogelarten zerstört, ohne dass zuvor eine ausreichende artenschutzrechtliche Ausnahmeprüfung erfolgt wäre.
- Export von Brennelementen: Mit der Klage wird die atomrechtliche Ausfuhrgenehmigung für 52 unbestrahlte Urandioxid-Brennelemente an das Atomkraftwerk Doel in Belgien angefochten.
- Normenkontrollbeschwerde Bebauungsplan in Erwitte: Die Beschwerde richtet sich gegen die Bebauung in einem Waldareal unmittelbar angrenzend an ein Fauna-Flora-Habitat-Gebiet (FFH-Gebiet).
- Baugenehmigung in einem Landschaftsschutzgebiet in Bielefeld: Die Klage richtet sich gegen den Bau einer großen Reitsportanlage in einem Landschaftsschutzgebiet.

www.bund-nrw.de/verbandsklagen

Erfolgsgeschichte: BUNDzentren in NRW



Für BUND-Gruppen, die mit eigenen Liegenschaften und Gebäuden dauerhaft betreuungsintensive und wachsende Aufgaben übernommen haben, gibt es seit 2016 die verbandsinterne Auszeichnung und Unterstützung als BUNDzentrum. Ziel ist es, die flächenhafte Präsenz des BUND zu stärken und hierüber gesellschaftlichen Wandel zu befördern. Denn der ehrenamtliche Natur- und Umweltschutz ist der Schlüssel, wenn es beispielsweise darum geht, Nachhaltigkeit in allen Lebensbereichen zu implementieren oder den Schwund von biologischer Vielfalt und Artenkenntnis aufzuhalten.

Die fünf BUND-Gruppen Hagen, Köln, Rhein-Sieg, Herten und Soest haben bisher diesen Weg gewählt und bilden ein Netzwerk aus Einrichtungen für den Naturschutz und die Umweltbildung.

Die Kreisgruppe Hagen betreibt gemeinsam mit der BUNDjugend NRW das als „Einrichtung der Bildung für nachhaltige Entwicklung in Nordrhein-Westfalen“ (BNE) zertifizierte BUND-Bildungszentrum Marienhof. In dem Gebäudekomplex und auf den umliegenden Wiesen, Gärten, Wäldern und einer Bachaue werden vielfältige Seminare, Workshops und Freizeiten im Rahmen der Bildung für nachhaltige Entwicklung angeboten und umgesetzt.

Der BUND-Naturerlebnisgarten Herten ist bereits seit 1998 als Erfahrungsort für Umweltbildung und Bildung für nachhaltige Entwicklung etabliert. Er besteht aus einem Seminarhaus und einem 18.000 Quadratmeter großen Außengelände mit interessanten Erfahrungsbe-

reichen. Es gibt eine Natur- und Heilkräuterschule und außerdem seit Jahren Projekte mit Schwerpunkt „Umwelt und Migration“.

Schwerpunkt der Arbeit des BUND-Zentrums Köln ist der Erhalt der biologischen Vielfalt. Für mehr als 10 verschiedene Gebiete – von der kleinen Grünanlage bis hin zum 40 Hektar großen Naturschutzgebiet – werden Naturschutzpläne erstellt und umgesetzt, Monitoring und Umweltbildung durchgeführt. Projekte wie „BUNDte Inseln“ und „Wer hat den Spatz gesehen“ widmen sich dem Stadtnaturschutz.

Das BUND-Zentrum Rhein-Sieg betreut Naturschutzflächen in der Größenordnung von insgesamt rund 120 Hektar – zum Beispiel in Bornheim, im Siebengebirge oder im Naafbachtal. Auch der Betrieb des Regionalen Wiesen- und Weidenzentrums, der Wildvogelhilfe Rhein-Sieg und des BUND-Umweltbusses zählen zum umfangreichen Aufgabengebiet.

Die BUND-Naturoase Soest pflegt und „bespielt“ ein großes und artenreiches Gartengelände. Dieses ist als außerschulischer Lernort und „grünes Klassenzimmer“ ein beliebtes Ziel von Schulen und Kindergärten. Für Erwachsene gibt es ein umfangreiches Seminarangebot unter anderem zum ökologischen Gärtnern, zum Obstbaumschnitt und zur Botanik, außerdem die Pflanzentauschbörse.

www.bund-nrw.de/bund-zentren



Herzlichen Dank

Zahlreiche Spenderinnen und Spender haben uns im vergangenen Jahr unterstützt – neben den vielen ehrenamtlich Aktiven, die unsere Projekte mit viel Herzblut begleiten und voranbringen.

Diese Hilfe ermöglicht es uns, unabhängig, nachhaltig und kontinuierlich für den Natur- und Umweltschutz einzutreten.

Dankbar sind wir auch all jenen, die den BUND NRW mit einer Erbschaft oder einem Vermächtnis bedacht haben.

Ihr Vertrauen und Ihre Spenden sind die Voraussetzung für unsere Erfolge. Bitte helfen Sie uns auch weiterhin!

www.bund-nrw.de/spenden

Spenden sind steuerabzugsfähig. Erbschaften und Vermächtnisse sind von der Erbschaftssteuer befreit.

IMPRESSUM

Herausgeber: Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland Landesverband Nordrhein-Westfalen e.V., Merowingerstr. 88, 40225 Düsseldorf, Tel.: 0211/302005-0, e-Mail: bund.nrw@bund.net • **V.i.S.d.P.:** Holger Sticht, Landesvorsitzender • **Redaktion & Layout:** Dirk Jansen • **Vereinsregister:** Düsseldorf, Nr. 5463 • **Steuernummer:** 106/5740/1393 • **Druck:** TIAMAT, Düsseldorf • © BUND NRW e.V., Düsseldorf, August 2022

Herzlicher Dank auch an alle in Verband und Landesgeschäftsstelle, die zu diesem Jahresbericht beigetragen haben!

Natur und Umwelt brauchen Schutz!

Werde Mitglied!

www.bund-nrw.de/mitglied-werden

Oder unterstütze
unsere Arbeit mit
einer Spende.

BUND-Spendenkonto:

Bank für Sozialwirtschaft
GmbH Köln

IBAN: DE26 3702 0500 0008 2047 00

BIC: BFSWDE33XXX

Folgen: facebook.com/bund.nrw

Mögen: twitter.com/bund_nrw



Bund für
Umwelt
und Naturschutz
Deutschland
e.V. NRW

www.bund-nrw.de